

2. Volksschulgesetz, Änderung, Umsetzung der «Förderklassen-Initiative»

Antrag des Regierungsrates vom 29. Oktober 2025 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 17. März 2026

Vorlage 6052a

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Es liegt ein Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner und Mitunterzeichnenden vor, auf Teil A der Vorlage nicht einzutreten und Teil C der Vorlage zu beschliessen, was einer Ablehnung der Volksinitiative gleichkommt.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Referent der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Ich vertrete Karin Fehr (*die Präsidentin der KBIK*), sie ist heute abwesend.

Mitte 2024, ganz genau am 18. Juli 2024, wurde die Volksinitiative «für eine Volksschule mit Zukunft – fördern statt überfordern» eingereicht. Alle Kinder im Kanton Zürich sollen bei Bedarf und auf Entscheid der Schulpflege hin Zugang zu heilpädagogisch geführten Förderklassen haben. Diese sollen vorübergehend, mindestens jedoch semesterweise besucht werden. Der Förderklassenunterricht muss sich am Lehrplan orientieren, um die Durchlässigkeit zwischen Förder- und Regelklasse sicherzustellen. Die Umsetzung hat ohne Mehrkosten für Gemeinden und Kanton zu erfolgen.

Der Regierungsrat beantragte Ende Oktober 2024 einen Gegenvorschlag zur Initiative. Anstelle von Förderklassen sollten die Gemeinden erweiterte Lernräume schaffen können. Schülerinnen und Schüler werden auch so bedarfsgerecht gefördert und die Regelklassen entlastet.

Der Kantonsrat beauftragte die Regierung mit 96 zu 77 Stimmen vor gut einem Jahr, ganz genau am 24. März 2025, jedoch damit, eine Vorlage im Sinne der Förderklasseninitiative auszuarbeiten. Der Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der integrativen Schule sei klar ausgewiesen. In den Klassen sei es unruhig, und die besonderen Bedürfnisse gewisser Kinder könnten nicht zufriedenstellend berücksichtigt werden. Die Lehrpersonen seien durch Aufwand für Koordination und Administration übermässig belastet. Die Schaffung erweiterter Lernräume lehnte der Kantonsrat nicht grundsätzlich ab. Er wollte diese jedoch nicht als Ersatz von Förderklassen, sondern als Ergänzung verstanden haben.

Ende Oktober 2025 legte die Regierung dem Kantonsrat ihre Umsetzungsvorlage und damit eine Anpassung des Volksschulgesetzes vor. Zum einen sollten die Gemeinden erweiterte Lernräume schaffen können. Diese dienen der vorübergehenden, gezielten Förderung von Schülerinnen und Schülern und der Entlastung der Regelklassen. Zum anderen sollen die Gemeinden auf allen Stufen Förderklassen als sonderpädagogische Massnahme führen können. Die Klassen werden von schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen geführt. Der Förderklassenunterricht orientiert sich am Lehrplan und hat die Rückkehr in die Regelklasse zum

Ziel. Schülerinnen und Schüler werden während mindestens eines halben Schuljahres einer solchen Klasse zugewiesen. Die Zuweisung in die Förderklasse erfolgt unter Mitwirkung und Zustimmung der Schulpflege.

Die Kommission für Bildung und Kultur, KBIK, beantragt Ihnen nun mit 10 zu 5 Stimmen, den Vorschlag des Regierungsrates mit gewissen Anpassungen zu beschliessen. Die Förderklassen sollen verbindlicher geregelt werden, die Gemeinden sollen des Weiteren die besondere schulische Förderung möglichst flexibel gestalten und last but not least sollen sie auch einen finanziellen Anreiz bekommen, erweiterte Lernräume und Förderklassen zu schaffen. Konkret bedeutet dies, erstens: Die Gemeinden sollen Förderklassen bei Bedarf und gemeinsam für Schülerinnen und Schüler mit besonders hohem Förderbedarf und für solche, die in ihrem Verhalten die Regelklasse erheblich beeinträchtigen, führen. Die bisherigen Kleinklassen entfallen. Zweitens: Förderklassen können gemeinsam mit einem erweiterten Lernraum geführt werden. Drittens: Die Gemeinden können für erweiterte Lernräume und Förderklassen auf Mittel des Gestaltungspools zurückgreifen. Dies erfordert eine Anpassung des Lehrpersonalgesetzes.

Die Minderheit der Kommission, SP und Grüne, lehnt die Umsetzung der Förderklasseninitiative grundsätzlich ab. Sie beantragt deshalb, nicht auf die Vorlage einzutreten. Aus ihrer Sicht wird die integrative Schule von den Befürwortenden der Förderklasseninitiative gezielt schlechtgeredet. Schulevaluationen zeigen, dass die Eltern mit der integrativen Volksschule im Kanton Zürich grundsätzlich zufrieden seien. Es ist auch keine verstärkte Abwanderung in Privatschulen zu verzeichnen. Zudem besuchen nur etwas mehr als 5 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Regelklassen in integrierter Sonderschulung. Im Kanton Zürich gibt es auch nur wenige Kleinklassen. Faktisch würde also gar kein Bedarf nach Förderklassen und nach einer verstärkten Separation bestehen. Zudem werden in Zukunft auch die regelmässige Überprüfung des Förderklassenstatus und die Reintegration der Schülerinnen und Schüler in die Regelklassen für die Regelklassenlehrpersonen mit einem grossen Aufwand verbunden sein. Was kurzfristig Entlastung verspricht, dürfte sich schnell ins Gegenteil verkehren. Zudem besteht ein Mangel an schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Es ist also mehr als fraglich, ob die Förderklassen überhaupt je von heilpädagogisch geschultem Personal geführt werden können. Falls doch, müssten dafür den Regelklassen die ebenfalls notwendigen heilpädagogischen Ressourcen entzogen werden.

Im Namen der deutlichen KBIK-Mehrheit danke ich Ihnen, wenn Sie der angepassten Vorlage 6052 zur Umsetzung der Förderklasseninitiative zustimmen und eintreten. Danke.

Minderheit Sibylle Jüttner, Karin Fehr Thoma, Carmen Marty Fässler, Rafael Mörgeli (in Vertretung von Lejla Salihu), Wilma Willi (in Vertretung von Livia Knüsel):

Auf Teil A der Vorlage wird nicht eingetreten (Ablehnung). Teil C der Vorlage wird beschlossen.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Wir haben bereits die Förderklasseninitiative abgelehnt und lehnen auch den vorliegenden Umsetzungsvorschlag ab. Ich attestiere den Initiantinnen und Initianten durchaus, dass sie die Lehrpersonen entlasten wollen. Und ich bin auch überzeugt, dass es Kinder mit speziellen Bedürfnissen gibt, die in separaten Gefässen besser gefördert werden können als in der Regelklasse. Aber diese Vorlage entlastet die Lehrpersonen, wenn überhaupt, nur auf den ersten Blick. In der praktischen Umsetzung schadet sie den Kindern mit erhöhtem Förderbedarf mehr, als sie nützt.

Positiv beurteilen wir zwei Punkte der Vorlage: Erstens wird der erweiterte Lernraum nun rechtlich klar ermöglicht. Das schafft eine kurzfristige Entlastung der Regelklasse, wenn Kinder für einzelne Lektionen, halbe Tage oder eine klar begrenzte, relativ kurze Zeit gezielt unterstützt werden können. Dieses Modell ist unbürokratisch, organisatorisch in die Schule eingebettet und findet in der Regel im selben Schulhaus statt. Damit erhalten die Schulen die Möglichkeit, eine bereits heute erfolgreich eingesetzte Form der Förderung auszubauen. Nebenbei bemerkt: Dieser Vorschlag stammt nicht aus der Initiative, sondern wurde von der Regierung hier zusätzlich eingebracht und hätte wunderbar auch ohne diese Initiative umgesetzt werden können.

Zweitens begrüssen wir ausdrücklich, dass die Gemeinden künftig zusätzliche Vollzeiteinheiten aus dem Gestaltungspool auch für den erweiterten Lernraum einsetzen dürfen. Diese Flexibilisierung der Ressourcen erachten wir als sehr sinnvoll. Alle anderen Punkte lehnen wir ab.

Wir haben es vorher schon gehört, es ist festzustellen, dass die Eltern mit der integrativen Volksschule grundsätzlich zufrieden sind, diese Abwanderung an Privatschulen nicht stattfindet und insgesamt sehr wenige Kinder überhaupt integrative Sonderschulung erhalten. Und wir haben im Kanton im Moment sechs Kleinklassen. Das zeigt: Das System funktioniert also grundsätzlich. Es gibt objektiv keinen Bedarf für einen grundlegenden Umbau.

Die Vorlage setzt auf die Separation statt auf die Stärkung der Regelklasse. Sie führt Förderklassen ein, in denen zwei völlig unterschiedliche Gruppen zusammengeführt werden sollen, nämlich Kinder mit hohem Förderbedarf und Kinder mit massiv herausforderndem Verhalten. Das ist pädagogisch falsch, organisatorisch fragwürdig und vor allem, das ist mir wichtig, gegenüber den betroffenen Kindern unfair. Gleichzeitig entzieht die Vorlage den Regelklassen genau jene heilpädagogischen Ressourcen, die heute schon knapp sind. Die Folge wäre also nicht Entlastung, sondern zusätzliche Belastung für die Lehrpersonen, Schulleitungen und auch die Gemeinden.

Hinzu kommt der erheblich organisatorische und bürokratische Aufwand. Mit den Förderklassen wird ein zusätzliches schulisches Gefäss geschaffen, das einen intensiven Austausch zwischen schulischer Heilpädagogik und Klassenlehrpersonen voraussetzt. Denn die Kinder sollen theoretisch nach einem Semester oder vielleicht nach einem Jahr wieder in die Regelklasse zurückkehren können, ohne den Anschluss zu verpassen. Aber genau das ist extrem schwierig, denn in diesen

Förderklassen sollen künftig nicht nur Kinder mit dauerhaftem Förderbedarf beschult werden, sondern gleichzeitig auch Kinder mit herausforderndem Verhalten sowie zusätzlich Schülerinnen und Schüler, die nur kurzfristig aus dem erweiterten Lernraum dazustossen. Unter solchen Bedingungen wird es immer anspruchsvoller, den Anschluss an den Lehrplan 21 zu halten. Und seien wir ehrlich, wir wissen es: Je länger eine Separation dauert, desto schwieriger wird die Reintegration in die Regelklasse.

Die Vorlage vermischt zudem kurzfristige Massnahmen, wie den erweiterten Lernraum, mit langfristigen, separativen Lösungen wie der Förderklasse. Das führt zur Unruhe, häufigen Wechseln und fehlender pädagogischer Klarheit. Dazu kommt: Jede Zuweisung zu einer Förderklasse muss den Behördenweg gehen und verursacht zusätzlichen administrativen Aufwand. Wenn dieser Aufwand wenigstens den Kindern zugutekäme, könnte man darüber diskutieren, aber genau das ist für mich nicht ersichtlich. Wer von dieser Neuerung effektiv profitiert, bleibt für mich offen.

Kurz gesagt, diese Vorlage ist widersprüchlich und nicht evidenzbasiert. Sie löst kein bestehendes Problem, schafft aus unserer Sicht aber zahlreiche neue. Darum sagen wir ganz klar: Wir treten nicht auf diese Vorlage ein.

Tobias Infortuna (SVP, Egg): Nach vielen Sitzungen liegt nun die Umsetzung der Förderklasseninitiative vor, und wir können mit diesem Gesetz endlich eine dringend benötigte Entlastung in die Schulzimmer bringen. Die vorliegende Lösung ist praxisnah und wird den Schulen, den Gemeinden und allen beteiligten Personen einen Mehrwert bringen.

Die Integration fast sämtlicher Kinder in die Regelklassen hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass die Belastungsgrenze für alle Beteiligten überschritten wurde. In teils Klassen funktionierte es mit zwei oder drei Kindern mit erhöhtem Bedarf gut, in anderen Klassen ist ein einzelnes Kind schon so betreuungsintensiv, dass ein geordneter Unterricht verunmöglicht wird. Nur dank sehr viel Geld – mit von Jahr zu Jahr noch mehr Geld – und mit immer mehr Heilpädagoginnen und Klassenassistenzen lässt sich verhindern, dass das integrative System nicht bereits zusammengebrochen ist. Man tut so, als ob alle Kinder gleich wären, steckt sie gemeinsam in ein Zimmer und muss viele dieser Kinder dann trotzdem mit viel Geld und viel Aufwand individuell betreuen. Das ist ein Widerspruch. Der gesunde Menschenverstand muss endlich wieder über die Ideologie der totalen Integration gestellt werden. Es sind nicht alle Kinder gleich. Einzelne Schüler benötigen eine Struktur, die ihren Bedürfnissen besser gerecht wird als die Regelklasse. Es ist darum unsere Pflicht, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden und das Gesetz so zu ändern, dass ein möglichst gutes Lernklima mit möglichst wenig Unruhe geboten werden kann.

Mit der Umsetzung der Initiative geben wir den Gemeinden nun die Möglichkeit, diejenigen Schüler, die den Unterricht überstrapazieren, in kleineren Klassen zu beschulen, zum Vorteil aller Beteiligten. Die Regelklassen können zur Ruhe kommen, die Lehrerinnen und Lehrer können sich besser auf ihre Klassen als Ganzes

konzentrieren und die Kinder mit besonderen Bedürfnissen können gezielter gefördert werden. Das alles kann mit grosser Flexibilität in der Gestaltung für die verschiedenen Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Gegebenheiten stattfinden. Diese Vorlage wird unsere Schulen stärken, Lehrerinnen und Lehrer entlasten und den verschiedenen Kindern mit ihren verschiedenen Bedürfnissen besser gerecht werden.

Die Fraktion von SVP und EDU tritt ein, wird alle Mehrheitsanträge unterstützen und alle Minderheitsanträge ablehnen. Vielen Dank.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Sehr geehrte Frau Ratspräsidentin, du hast keine einfache Debatte ausgesucht für diese frühe Sitzung.

Liebe Sybille Jüttner, ich bin ein bisschen erschüttert – probiere aber danach doch etwas geordnet zu reden –, wie man nach all den Jahren mit all den Problemen, die wir in der Volksschule haben, mit all den Vorstössen, die nötig sind, um irgendwie die Volksschule am Laufen zu halten, einfach alles schönreden kann, das verstehe ich nicht. Wir möchten an dieser Stelle keine wiederholte Grundsatzdebatte über die schulische Integration führen, die wurde in diesem Rat zur Genüge geführt. Es wäre schön, wenn auch die unterliegende Seite diesen Entscheid endlich einmal anerkennen und konstruktiv an einer Lösung mitarbeiten würde. Mitte und EVP haben den Weg gezeigt, sie waren zwar grundsätzlich nicht für die Initiative, haben aber nachher gemerkt, dass die Umsetzung doch recht handzahn ist und für die Gemeinden praktikabel sein kann, und unterstützen jetzt diesen Weg. Nur die drei Linksparteien halten ihr Dogma hoch, obwohl auch dort hinter vorgehaltener Hand da und dort Kritik an der integrativen Schule von heute geübt wird. Lesen wir doch den Tagi (*Tages-Anzeiger*) von heute, dort gibt es einen Artikel mit einer Führungsperson des ZLV, des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrverbandes. Und was sagt diese Person? Sie sagt, der Aufwand in der Schule sei massiv gestiegen, deshalb brauche es den NBA (*neuer Berufsauftrag, Vorlage 5966*), über den wir ja kürzlich debattiert haben und zu dem es jetzt ein Referendum geben wird. Und was sagt er konkret? Er sagt, aufwendig seien – ich zitiere wörtlich – die Information und Koordination zwischen Schülern, Eltern und dem pädagogischen Personal: Heilpädagogen, Psychomotorik-Therapeuten, Schulpsychologen, Schulsozialarbeit und neu Schulsozialpsychologen. Ja, und woher kommen diese Absprachen, was denken Sie? Wieso gab es sie früher nicht und heute gibt es sie? Vielleicht ist die Förderklasse ja doch die richtige Antwort, auch wenn man das aus ideologischen Gründen einfach nicht anerkennen kann. Man erhält wirklich den Eindruck, das Problem soll gar nicht gelöst werden, vielleicht sollen all diese Personen beschäftigt werden, die heute in diesem System beschäftigt werden.

Die Bildungsdirektion hat nun auftragsgemäss eine Umsetzungsvorlage geliefert. Wir waren zu Beginn nicht ganz glücklich mit dieser Vorlage. Einerseits war sie quasi rein deklaratorisch. Wir hatten ja, wie bereits erwähnt wurde, bisher Kleinklassen, und die wurden bisher so gut wie nicht umgesetzt oder es gab sie fast nicht. Es gab sie in sechs Gemeinden und noch in ein paar Gemeinden, die das

nicht ganz zugaben, aber trotzdem auch Kleinklassen führten. Wieso gab es das nicht? Weil es finanziell nicht attraktiv war, deshalb gab es das nicht – und nicht, weil die Gemeinden das nicht gewollt hätten.

Der zweite Kritikpunkt war, dass die Vorlage, die Ursprungsvorlage zu wenig verbindlich – man kann es ja entweder mit Zwang oder mit Anreizen machen – oder zu wenig attraktiv war.

Der dritte Kritikpunkt war die künstliche und übermässige Verkomplizierung mit verschiedenen Gefässen. Wir hatten vorher die Kleinklassen, die, wie gesagt, so gut wie nicht genutzt wurden. Jetzt schreibt man einfach ins Gesetz, «es gibt übrigens auch noch Förderklassen und dann gibt es auch noch die erweiterten Lernräume». Ja, das ist schön, aber wenn die Gemeinden am Schluss die Zeche für all diese Dinge bezahlen müssen, dann finden sie eben genauso wenig statt, wie die Kleinklassen stattgefunden haben. Insofern waren wir nicht befriedigt mit dieser Umsetzung. In diesen Punkten hat die FDP mit gezielten Anträgen nachgebessert, ohne – und das ist ganz wichtig –, ohne gegenüber den Gemeinden Zwang auszuüben. Die übrigen mehrheitsbeschaffenen Parteien sind uns in allen Anträgen gefolgt, herzlichen Dank hierfür. Ihre Autonomie, die Möglichkeit der Gemeinden, vor Ort zu reagieren, haben wir umfassend respektiert. Wir eröffnen für die Schulen Möglichkeiten und setzen Anreize, wir schreiben aber nichts vor. Ich gehe in der weiteren Debatte bei den Einzelanträgen gerne auf unsere Änderungsanträge ein und fasse mich hier deshalb etwas kürzer: Insgesamt haben wir eine schlanke Lösung entwickelt, mit viel Autonomie für die Gemeinden. Und da muss ich Sybille Jüttner doch ein bisschen entgegenhalten: Sie hat gesagt, «jetzt haben wir ein Gefäss und da kommt alles rein». Ja, das haben wir gemacht, um den Gemeinden Freiheiten zu geben. Stellen Sie sich vor, Sie haben drei Kinder, die erhöhten Förderbedarf haben, und drei Kinder, die im Moment in einer Phase sind, in der sie für die Klassenlehrpersonen in einer Klasse schwierig tragbar sind. Machen Sie jetzt zwei Mikro-, Kleinklassen, oder was möchten Sie machen? Das macht keinen Sinn. In anderen Gemeinden können Sie durchaus eine Kleinklasse eher für Kinder machen, die ein bisschen länger dort sind, und eine Kleinklasse, die eher so irgendwo schwankt zwischen erweitertem Lernraum und Kleinklasse. Diese Möglichkeit haben Gemeinden. Ich vertraue den Gemeinden und den Schulleitungen, dass sie selber entscheiden können, was für sie die richtige und die beste Lösung ist. Wir halten uns deshalb auch an unser Versprechen – das haben wir vorher schon abgegeben –, dass wir eben nicht nur die Förderklassen unterstützen, sondern auch die erweiterten Lernräume. Es wirkt eben nicht überall dasselbe Rezept.

Abschliessend sind wir hoch erfreut, dass im Kanton Zürich doch noch bildungspolitische Reformen möglich sind, die nicht von oben, nicht vom bildungspolitischen Elfenbeinturm getrieben werden, sondern von unten, von der Bevölkerung, von den Eltern und auch von vielen Lehrpersonen übrigens. Der Kanton Zürich führt nun offiziell Förderklassen ein, wo Kinder, die in einer Regelklasse Probleme bereiten, aber auch Kinder mit starken Defiziten gezielt in einem angemessenen Umfeld gefördert werden können.

Wenn sich da und dort auch teure Fälle separativer Sonderschulung vermeiden lassen, würde die Initiative nicht separierend wirken, sondern im Gegenteil integrierend. Diese Kinder könnten im Schulhaus in ihrer Gemeinde bleiben.

Das Ziel ist, dass möglichst alle Kinder in ihr Quartiersschulhaus gehen können, aber, wo nötig, während einer gewissen Zeit in kleineren Klassen mit Lehrpersonen, die besonders befähigt sind. Wir hoffen, dass das Instrument der Förderklasse, wo angezeigt, auch wirklich genutzt wird. Wir werden das sicher auch genau anschauen, wie sich die ganze Sache hier entwickelt. Wir hoffen, dass die Heterogenität in den Klassen auf ein erträgliches Mass reduziert wird und dass endlich wieder mehr Ruhe in die Schule hineinkommt. Besten Dank.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Wir beraten heute die Umsetzung der Förderklasseninitiative, eine Initiative, die aus einem realen Problem heraus entstanden ist. Viele Lehrpersonen, Schulleitungen, aber auch Eltern erleben seit Jahren, dass die integrative Schule an ihre Grenzen stösst. Ich möchte hier aber festhalten: Die integrative Volksschule bleibt richtig und wichtig. Aber eine Integration darf nicht bedeuten, dass einzelne Kinder, ganze Klassen, oder Lehrpersonen überfordert werden, darum geht es bei dieser Vorlage:

Erstens, wir schaffen mit den Förderklassen ein vertieftes Angebot für Schülerinnen und Schüler, die vorübergehend kleinere Lerngruppen oder eine engere heilpädagogische Begleitung brauchen. Diese Kinder sollen nicht ausgegrenzt werden, im Gegenteil: Sie sollen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, damit sie wieder Sicherheit gewinnen, Lernerfolge erleben und später erfolgreich in die Regelklasse zurückkehren können. Entscheidend ist dabei: Die Förderklassen sind keine Sackgasse. Der Unterricht orientiert sich am Lehrplan, die Durchlässigkeit bleibt gewährleistet und die Zuweisung wird regelmässig überprüft.

Zweitens, wir entlasten die Regelklasse und die Lehrpersonen. Wer heute mit den Schulen spricht, hört immer wieder dasselbe: Der Koordinationsaufwand steigt, die Unruhe in den einzelnen Klassen nimmt zu und die Ressourcen reichen vielerorts nicht mehr aus. Darunter leiden am Ende vor allem die Schülerinnen und Schüler. Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf erhalten oft nicht die Begleitung, die sie eigentlich bräuchten. Gleichzeitig wird das Lernen für die ganze Klasse schwieriger. Mit Förderklassen können Klassenlehrpersonen Verantwortung zeitweise abgeben. Kinder mit grösseren Herausforderung werden von schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen intensiv begleitet. Das verbessert nicht nur deren Förderung, sondern auch die Lernbedingungen für die ganze Klasse.

Drittens, die Vorlage gibt den Gemeinden mehr Flexibilität. Nicht jede Schule hat dieselben Bedürfnisse. Gerade kleinere Gemeinden brauchen Spielraum, um praktikable und pädagogisch sinnvolle Lösungen zu entwickeln. Deshalb ist es richtig, dass Förderklassen bei Bedarf geführt und mit erweiterten Lernräumen kombiniert werden können. Die Schulen und Gemeinden kennen ihre Situation am besten. Diesem Vertrauen trägt die Vorlage Rechnung.

Die Minderheit warnt vor Separation. Diese Sorge ist nachvollziehbar, greift aber viel zu kurz. Denn diese Vorlage stellt die integrative Schule nicht infrage, sie sorgt vielmehr dafür, dass die Integration überhaupt tragfähig bleibt. Wenn ein System nämlich keine Antworten mehr auf besonders herausfordernde Situationen geben kann, verlieren am Ende alle, die betroffenen Kinder, die Klassen, die Lehrpersonen, und das Vertrauen der Bevölkerung in die integrative Schule schwindet. Die Förderklassen schaffen deshalb nicht weniger Integration, sondern bessere Voraussetzungen für gelingende Integration. Auch finanziell bleibt die Vorlage verantwortungsvoll. Die Gemeinden erhalten mehr Handlungsspielraum, um passende Angebote aufzubauen. Diese Vorlage ist kein ideologischer Richtungswechsel, sie ist eine pragmatische Antwort auf konkrete Herausforderungen im Schulalltag. Wir stärken damit die Volksschule, wir stärken die Lehrpersonen und vor allem stärken wir jene Kinder, die heute besondere Unterstützung brauchen. Darum treten wir auf die Vorlage ein und unterstützen alle Anträge der Kommissionsmehrheit.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Die Einführung von Förderklassen haben wir Grüne immer kritisch beurteilt. Zur Debatte steht heute die vom Regierungsrat ausgearbeitete Vorlage zur entsprechenden Initiative. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Separation ins integrative System einzubauen, kommt fast der Quadratur des Kreises gleich. Zusätzliche separate Strukturen im sonderpädagogischen Bereich stellen die Weiterentwicklung unseres integrativen Schulsystems grundsätzlich infrage. Gerade aus dieser Perspektive ist festzuhalten, dass der Regierungsrat insgesamt eine durchdachte und differenzierte Vorlage vorgelegt hat. Mit der Kombination aus bestehenden Kleinklassen, neuen Förderklassen und dem erweiterten Lernraum als rein schulinterne Massnahmen wäre ein System entstanden, das unterschiedlichen Förderbedarf trennt und gleichzeitig die Realität an unseren Schulen berücksichtigt.

Wichtig ist für uns Grüne auch, dass der Regierungsrat die Förderklasse analog zur Kleinklasse als reine Kann-Massnahme aufführte, nicht als Standardlösung. In dieser Form wäre es für uns Grüne zumindest denkbar gewesen, das mitzutragen, zurückhaltend und unter klaren Bedingungen. Trotzdem bleibt aus unserer Sicht klar: Der Ausbau separierender Strukturen ist grundsätzlich der falsche Weg. Was jetzt nach den Änderungen der FDP vorliegt, bringt die Vorlage aus dem Gleichgewicht. Besonders problematisch ist die Aufhebung der Kleinklassen. Damit werden sehr unterschiedliche Bedürfnisse, hoher Förderbedarf und Verhaltensauffälligkeiten, in einer Struktur zusammengeführt. Dadurch wird die Heterogenität in den Förderklassen massiv erhöht und verursacht so noch mehr Schwierigkeiten. Und ja, geschätzte FDP, meinen Sie, Absprachen entfallen dann so in dieser neuen Förderklasse?

Gleichzeitig bleiben die Ressourcenfragen auch ungelöst. Heilpädagogische Fachpersonen sind heute schon knapp in allen Settings. Wenn wir Förderklassen ausbauen ohne zusätzliches Personal, verschärfen wir das Problem, und in den Regelklassen fehlen dann genau diese Ressourcen. Dazu kommen systemische

Risiken. Niederschwellige, separative Lösungen, wie der erweiterte Lernraum, sind für uns tolerierbar, weil sich die Schülerinnen und Schüler dort nur kurzzeitig aufhalten. Bilden wir jetzt jedoch separate Klassen, in denen die Schülerinnen und Schüler mindestens ein halbes Jahr bleiben sollen, bewegen wir uns schrittweise wieder Richtung Sonderschule. Das schwächt das integrative Schulsystem, Ansätze davon sehen wir bereits heute. So besteht die Gefahr, dass Zuweisungen nicht mehr nur pädagogisch, sondern auch organisatorisch begründet werden. Das setzt falsche Anreize. Ausserdem ist die Integration in die Förderklasse und zurück in die Regelklasse organisatorisch aufwendig, und eben, die Reintegration bleibt unsicher. Insgesamt wird damit eine Entwicklung angestossen, die wir so nicht wollen, weg von Integration hin zu mehr Trennung.

Wir wollen, dass Schule für alle funktioniert. Die jetzige Vorlage setzt das aus unserer Sicht aufs Spiel. Wir Grünen lehnen die Förderklasseninitiative und insbesondere die Verschlechterungen gegenüber der Vorlage des Regierungsrates ab. Entsprechend unterstützen wir alle Minderheitsanträge, die sich am Regierungsrat oder am bisherigen Volksschulgesetz orientieren. Vielen Dank.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte hat die Förderklasseninitiative in ihrer ursprünglichen Form kritisch beurteilt und damals abgelehnt. Für uns war von Anfang an zentral, dass Förderklassen für die Gemeinden freiwillig bleiben und dass dafür zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Gemeinden und Schulen sollen den notwendigen Handlungsspielraum behalten, um Lösungen zu wählen, die ihrer Situation und den Schülerinnen und Schülern entsprechen. Wichtig ist uns zudem, dass die Bildung von Förderklassen nicht zulasten der Regelklassen geht.

Gleichzeitig sehen wir die Herausforderungen der heutigen integrativen Schule sehr deutlich. Viele Lehrpersonen, Schulteams und Eltern erleben im Schulalltag eine zunehmende Belastung. Nicht alle Kinder profitieren gleichermassen von einer rein integrativen Förderung, und Integration darf nicht zulasten der übrigen Schülerinnen und Schüler gehen. Es braucht deshalb zusätzliche flexible Förderangebote.

Vor diesem Hintergrund begrüssen wir, dass die vorliegende Umsetzung aus Sicht der Mitte in die richtige Richtung geht. Förderklassen sollen dort möglich sein, wo sie pädagogisch sinnvoll sind. Wichtig ist uns dabei, dass es keine Verpflichtung für die Gemeinden gibt, Förderklassen einzuführen, und dass ausreichend personelle Ressourcen für die Ausgestaltung von Förderklassen zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Ressourcen sollen aus dem Gestaltungspool kommen, allerdings schöpfen viele Gemeinden diesen bereits heute weitgehend aus. Es wird sich deshalb zeigen müssen, ob die vorhandenen Mittel tatsächlich ausreichen und wie viele Gemeinden künftig Förderklassen einführen werden. Allenfalls wird hier zu einem späteren Zeitpunkt eine Nachjustierung notwendig sein. Mit Interesse werden wir beobachten, wie die Gemeinden dieses neue Instrument konkret umsetzen und welche Erfahrungen im Schulalltag damit gemacht werden. Ebenso wird sich zeigen müssen, ob und in welchem Umfang dadurch Sonderschulungen

vermieden, reduziert oder allenfalls früher erkannt und gezielter gesteuert werden können. Entscheidend wird sein, ob die Förderklassen tatsächlich dazu beitragen, dass weniger Kinder in aufwendige Sonderschul-Settings überführt werden müssen oder ob sich die bestehenden Entwicklungen lediglich verlagern. Der Versuch ist es in jedem Fall wert, verbunden mit der Erwartung, dass die Wirkung sorgfältig evaluiert und bei Bedarf nachjustiert wird.

Entscheidend ist für uns letztlich nicht die Systemfrage, sondern die Frage, was den Kindern, den Lehrpersonen und den Schulen im Alltag tatsächlich hilft. Schulen sollen wieder mehr Flexibilität und Handlungsspielraum haben, um auf mehr verschiedene Bedürfnisse reagieren zu können. Die Mitte unterstützt die Vorlage als zusätzliche Möglichkeit, um Entlastung in den Schulalltag zu bringen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Ohne Frage ist es an der Zeit, die gegenwärtigen Herausforderungen in unseren Schulen zu analysieren und zielführende Verbesserungsmassnahmen zu treffen. Und nachdem wir als EVP die ursprüngliche Förderklasseninitiative aufgrund ihrer absoluten Forderung von Förderklassen für alle Schulen bei gleichzeitig geforderter Kostenneutralität, was zu sehr grossen Regelklassen geführt hätte, abgelehnt haben, können wir nun der vorliegenden moderaten Umsetzungsvorlage zustimmen. Die Gemeinden können bei Bedarf Förderklassen einrichten, die von den Schülerinnen und Schülern semesterweise besucht werden, und/oder erweiterte Lernräume bereitstellen, in denen kurzzeitigere Timeouts möglich sind. Für Förderklassen und erweiterte Lernräume können die Gemeinden neu auf Mittel des Gestaltungspools zurückgreifen, sodass die Erweiterungen nicht auf Kosten der Regelklassen gehen. All diese erweiterten Schulungsoptionen geben den Schulen Werkzeuge in die Hand, die jeweiligen Schulsituationen bedarfsgerecht zu optimieren, ohne am Grundsatz der integrativen Schulung zu rütteln.

Die EVP tritt daher auf diese pragmatische Vorlage ein und stimmt der Umsetzung der Förderklasseninitiative zu.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Es wird Sie alle nicht überraschen, dass die Alternative Liste nicht auf diese Vorlage eintreten wird. Die Unterstützerinnen und Unterstützer dieser Vorlage wollen die Schulen sanft zwingen, bei Bedarf, wie auch immer dieser Bedarf ermittelt werden wird, Förderklassen zu führen. Der Fokus liegt bei dieser Vorlage aber nicht auf der Förderung. Denn bei jeder Vorlage, bei der es um das Ermöglichen einer guten Förderung im Klassenzimmer gehen würde, klemmen Sie – ein Beispiel sind realistische Stundenpauschalen für Lehrpersonen –, und dies immer mit derselben Begründung: zu teuer. Was also wollen Sie, wenn es nicht die Förderung ist?

Die Antwort ist einfach: Es ist ein Schritt zurück zur Separation. Und ja, das müssen Sie sich, geschätzter Kantonsrat Bourgeois, heute halt noch einmal anhören. Sie sagen auch, die Integration sei gescheitert. Sie wollen mehr Ruhe im Klassenzimmer. Das ist löblich. Sie vergessen dabei aber, dass es auch ruhige Schüler und

Schülerinnen gibt, die Förderbedarf haben. Und genau diese Unterstützung entziehen die Förderklassen den Regelklassen, auch wenn auf Mittel des Gestaltungspools zurückgegriffen werden kann. Das bedeutet im Endeffekt, dass entweder diese Kinder fallen gelassen werden oder die Lehrpersonen in die Bresche springen müssen. Ist das Ihr Ziel oder wird dies einfach als Kollateralschaden hingenommen? Nun, Entlastung sieht anders aus.

Bei der Integration geht es um eine Haltungsfrage. Gehört ein Kind zur Klassengemeinschaft dazu? Und wird es auch so behandelt oder muss es immer wieder Angst haben, aus dem Verbund ausgeschlossen zu werden? Für den Bildungsweg eines Kindes ist Zweiteres nicht hilfreich. Ich verstehe, ehrlich gesagt, noch immer nicht, wie Sie sich die Umsetzung vorstellen. Bis zu zwölf altersdurchmischte Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichsten besonderen Bedürfnissen sollen von einer Heilpädagogin oder einem Heilpädagogen nach Lehrplan 21 unterrichtet werden. Nun, Kinder stören den Unterricht, weil sie über- oder unterfordert sind, vielleicht eine schwierige Familiensituation zu verarbeiten haben, vielleicht, weil sie eine körperliche oder geistige Beeinträchtigung haben. Einige brauchen mehr Bewegung als andere im gleichen Alter und wieder andere haben Verhaltens- oder Lernschwierigkeiten. Alle diese Kinder möchten Sie nun zusammen in einer Förderklasse beschulen. Ich sage es gerne erneut: Viel Spass bei der Suche nach Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Es ist unbestritten, dass einige Kinder ihre Fähigkeiten in kleinen, eng begleiteten Gruppen besser entfalten. Andere brauchen mehr Bewegungspausen oder Rückzugsmöglichkeiten. Die gute Neuigkeit: Das alles ist bereits heute möglich. Kleinkassen sind möglich, die Entlastung akuter Situationen durch Lerninseln ist möglich, erweiterte Lernräume sind ebenfalls eine Möglichkeit. Wir sollten die individuellen Lösungen der Schulen stärken und nicht dieses neue, undurchdachte Konstrukt aufbauen. Denn dieses bringt nicht die Entlastung der Regelklassen und der Klassenlehrpersonen, die Sie anpreisen und die auch so dringlich notwendig ist, da gebe ich Ihnen absolut recht. In den Regelklassen werden Unterstützungsleistungen wegfallen und Schülerinnen und Schüler werden auf Entscheid der Schulpflegerinnen und -pfleger in Förderklassen eingeteilt. Was hier in einem Satz so locker daherkommt, ist in der Umsetzung ein aufwendiger, bürokratischer Akt: Schulische Standortgespräche, zusätzliche Elternarbeit, Anträge bei der KSP (*Kreisschulpflege*) und eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass mehr Rechtsmittel ergriffen werden, da sicherlich nicht alle Eltern mit der Einteilung ihres Kindes in eine Förderklasse einverstanden sein werden. Sollte eine Schülerin oder ein Schüler nach einem halben Jahr wieder in die Regelklasse zurückkehren, so muss sie oder er wieder sein Plätzchen finden, was erneut zur Unruhe führt. Ergo, die gewonnene Entlastung der Klassenlehrpersonen wird durch andere Parameter wieder wettgemacht.

Die Schule hat mündige, gebildete und selbstständige Erwachsene zum Ziel. Es ist erwiesen, dass integrierte Schülerinnen und Schüler als Erwachsene besser an der Gesellschaft teilhaben können und der Rest der Klasse keinen Nachteil hat. Von der Integration profitieren wir alle als Gesellschaft, auch ökonomisch, wenn

Erwachsene selbstständig ihr Leben führen können, sich in einer vielfältigen Gesellschaft zurechtfinden und auf weniger Hilfe angewiesen sind.

Aus besagten Gründen wird die Alternative Liste nicht auf die Vorlage eintreten und bei der folgenden Beratung alle Minderheitsanträge unterstützen. Besten Dank.

Anita Borer (SVP, Uster): Wenn ein Schulsystem immer teurer wird, Lehrpersonen am Anschlag arbeiten und gleichzeitig das Bildungsniveau sinkt, dann müssen wir ehrlich sagen: So kann es nicht weitergehen. Die zunehmende Bürokratie, die hohe Zuwanderung, die bisherige Integration um jeden Preis, das sind enorme Herausforderungen. Die integrative Schule ist in dem Ausmass, wie wir sie heute betreiben, einfach nicht mehr möglich. Es leiden am Ende alle, die betroffenen Kinder, die Kinder in den Regelklassen und die Lehrpersonen. Das zeigt sich längst beim Bildungsniveau, das ist ein wichtiger Indikator. Die PISA-Studie zeigt: Mehr als ein Viertel der Schweizer Schüler kann nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Es braucht eine Änderung. Förderklassen sind eine gezielte Unterstützung und eine pragmatische, niederschwellige Antwort auf die Probleme. Es braucht Förderklassen, um Regelklassen endlich wirksam zu entlasten, und es braucht sie, damit es endlich zwischen den Regelklassen und den Sonderschulen eine niederschwellige Lösung gibt, und genau dieses Wort ist zentral: wirksam. Denn wir kennen das Problem bereits von den heutigen Kleinklassen. Sie existieren theoretisch auf dem Papier, praktisch werden sie aber kaum mehr geführt. Ein Angebot auf dem Papier hilft niemandem, darum ist diese effektive Umsetzung entscheidend.

Es freut uns, dass das Anliegen, nachdem wir es bereits vor über zehn Jahren hier drin auf das Tapet gebracht haben, inzwischen eine Mehrheit hat. Nun stehen die Regierung und die Verwaltung in der Verantwortung, dass diese Vorlage im Sinne der Mehrheit umgesetzt wird und nicht einfach zu einem weiteren schulpolitischen Papier verkommen wird. Vielen Dank für die Umsetzung dieser Vorlage.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Wangen-Brüttisellen): «Die Schule steht unter Druck, Förderklassen als Lösung?» «Ist die integrative Schule gescheitert?» «Integration am Limit, Lehrpersonen schlagen Alarm», «Trennung löst keine Probleme, warum gemeinsame Schulen wichtig sind», das alles sind Schlagzeilen aus den Medien zur inklusiven Schule. Man spürt, dieses Thema polarisiert hier im Kantonsrat, in der Gesellschaft, bei den Lehrpersonen und bei den Eltern. Ich setze noch einen obendrauf: Die inklusive Schule ist nicht gescheitert, Inklusion funktioniert, wenn die Bedingungen stimmen.

Ich lege hier meine Interessenbindung offen: Ich arbeite bei der Pro Infirmis (*Behindertenorganisation*), unter anderem im Bereich Sozialpolitik. Wir bekennen uns klar zur inklusiven Bildung und setzen uns dafür ein, dass alle Kinder, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen, am regulären Unterricht teilnehmen können. Denn Inklusion funktioniert, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind. Die integrative Schule ist nicht gescheitert, sie ist ein

bewusster, gewählter, grundsätzlich erfolgreicher Weg. Sie ermöglicht Kindern mit unterschiedlichen Voraussetzungen, gemeinsam zu lernen, voneinander zu profitieren. Auch die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die grosse Mehrheit der Eltern steht hinter diesem Modell. Nur ein kleiner Teil der Schülerinnen und Schüler ist auf verstärkte Unterstützung angewiesen. Von einem Systemversagen kann also keine Rede sein.

Mit dieser Initiative soll nun wieder ein Modell gestärkt werden, das stärker auf die Separation setzt. Der Begriff «Förderklasse» klingt auf den ersten Blick attraktiv. Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen gezielt unterstützt werden, wer könnte dagegen sein? Doch die Initiative und die Umsetzungsvorlage, die heute vorliegen, führen in die falsche Richtung. Sie gefährden ein zentrales Prinzip unserer Volksschule, die integrative Bildung. Diese Initiative möchte, dass Kinder, welche schwierig sind, für mindestens ein Semester aus ihren Klassen herausgelöst und in Förderklassen unterrichtet werden. Was als Entlastung verkauft wird, ist in Wahrheit ein Rückschritt, denn Separation löst Probleme nicht, sie verlagert sie. Neue Förderklassen schaffen zusätzliche Strukturen, ohne bestehende Probleme nachhaltig zu lösen. Die negativen Folgen für Kinder und Lehrpersonen sind absehbar. Längere separative Beschulung erschwert die Rückkehr in die Regelklasse und erhöht den Koordinationsaufwand zwischen den beteiligten Fachpersonen.

Schon heute schaffen einige Gemeinden mit ihren vorhandenen Personenressourcen zusätzliche Lernräume und Schulinseln. Damit künftig alle Gemeinden solche erweiterten Lernangebote anbieten können, sollen die dafür notwendigen Mittel aufgestockt werden. Das begrüssen wir ausdrücklich. Solche Massnahmen entlasten Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler spürbar. Schulinseln können dazu beitragen, das soziale, emotionale und pädagogische Klima an Schulen zu verbessern. Sie fördern die individuelle Entwicklung der Kinder und unterstützen gleichzeitig einen ruhigen und stabilen Schulalltag.

Gerade die Ressourcenfrage ist zentral. Bereits heute fehlen vielerorts ausreichend ausgebildete Fachpersonen. Statt diese in separaten Strukturen zu bündeln, wie es die Initiative vorsieht, sollten wir sie dort einsetzen, wo sie die grösste Wirkung entfalten, im Klassenzimmer. Integration gelingt nur, wenn Lehrpersonen ausreichend unterstützt werden.

Bereits heute können Gemeinden im Kanton Zürich Kleinkassen führen, jedoch machen bislang nur wenige Gemeinden von dieser Möglichkeit Gebrauch. Ein Systemwechsel würde viele Gemeinden faktisch zu einer Umstellung drängen, obwohl sich bestehende Lösungen bewährt haben. Das wäre weder zielführend noch der Komplexität des Themas angemessen. Diese Vorlage ist ein Rückschritt. Wir brauchen keine neuen, separativen Gefässe wie eine Förderklasse, sondern starke integrative Lösungen, die allen Kindern gerecht werden.

Ich sehe aber noch einen weiteren Punkt, den wir nicht ausser Acht lassen dürfen: Die Schule hat ein strukturelles Problem, das wir ernst nehmen und rechtzeitig angehen müssen. Wir möchten nicht, dass sich dieselbe Entwicklung zeigt wie im

Gesundheitssystem. Zwar werden bereits heute viele Heilpädagoginnen und Heilpädagogen ausgebildet, gleichzeitig steigen die Anforderungen an Lehrpersonen schneller, als die Ressourcen und die Schulstrukturen angepasst werden können. Langfristig kann das nicht gut gehen, deshalb wird eine Förderklasse allein das Problem nicht lösen. Entscheidend ist, dass sich die Rahmenbedingungen... (*Die Ratspräsidentin unterbricht die Votantin.*)

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Frau Tognella, kommen Sie zum Schluss.

Birgit Tognella-Geertsen fährt fort: Entscheidend ist nicht die Auslagerung von Kindern, sondern gezielte Unterstützung. Angebote, die vorhanden sind, mitten in der Schule, mitten im ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Vielen Dank für diese Debatte. Sie hat nicht wahnsinnig viel Neues gebracht, aber ich möchte trotzdem auf ein, zwei Punkte eingehen, ich beginne bei Wilma Willi: Du hast gesagt, ihr wollt, dass die Schule für alle funktioniert, für alle Kinder insbesondere. Nun, es gab einmal einen FDP-Stadtrat, der gesagt hat – du wirst staunen: «Bürgerlich sein macht nicht impotent.» Wir haben auch Kinder. Und wir wollen auch, dass die Schule für alle funktioniert, da kannst du sicher sein. Wir glauben einfach nicht, dass das heute der Fall ist. Dein Argument, dass jetzt sechs Kleinklassen aufgehoben werden müssen, die es heute gibt und die ihr eigentlich gar nicht wollt, weil ihr ja keine Anreize für Förderklassen wollt, das ist etwas lächerlich. Man muss einfach den Namen ändern und dann gibt es diese Kleinklassen, und Sie kriegen sogar noch mehr Ressourcen dafür, wunderbar. Dann wird sich sicher niemand von diesen sechs Klassen beschweren.

Dann ein ganz entscheidender Punkt, und das ist ein bisschen untergegangen: Wir haben über Bürokratie geredet, gibt es mehr oder weniger Bürokratie? Ich glaube, für die Lehrperson ist es eben entscheidend, dass der Mental Load von diesem Kind wirklich wegfällt, und deshalb haben wir auch diese Limite mit dem halben Jahr gesetzt. Die Lehrperson soll sich nicht mehr darum kümmern: War jetzt das Kind da? War es gerade in der Schulinsel? Ist es jetzt informiert über das Klassenlager? Weiss es, dass es Hausaufgaben hat, et cetera? Nein, das Kind ist weg für ein halbes Jahr, vielleicht für ein Jahr, und das ist eine Entlastung. Jetzt kommst du und sagst, «ja, aber das braucht auch Abklärungen», ja, aber weisst du was? Heute werden viel, viel aufwendigere psychologische Abklärungen gemacht, und zwar eigentlich nur aus einem Grund: weil die Ressourcen an diese Fälle, die man mit diesen Abklärungen generiert, gebunden sind und man so mehr Ressourcen kriegt. Man kreierte dadurch, mit diesem Anreizsystem eigentlich Fälle, die gar nicht zwingend Fälle sein müssten.

Wir sind nicht der Ansicht, dass es von Vorteil ist, wenn ein Kind dreimal, viermal die Woche in eine Schulinsel oder einen erweiterten Lernraum muss. Wir glauben auch nicht, dass dann dieses Kind weniger stigmatisiert ist und mehr zur Klasse gehört. Nein, dieses Kind ist so richtig stigmatisiert, und Sie können mir glauben,

ich weiss sehr genau, von was ich in diesem Fall rede. Drei- bis viermal die Woche raus aus der Klasse in irgendein anderes Schulzimmer, irgendeine Beschäftigung, das ist nur noch Kinderaufbewahrung und nichts anderes, das hat mit pädagogisch nichts mehr zu tun. Heilpädagogen sind knapp, das stimmt, sie sind aber nicht allzu knapp. Denn einerseits braucht es ja, wenn diese Fälle zeitweise in die Förderklassen wandern, auch weniger Heilpädagoginnen und Heilpädagogen und andererseits muss man schon sagen: Die Heilpädagogen verdienen rund 10'000 Franken mehr als die Klassenlehrpersonen, haben aber weniger Elterngespräche, kein Klassenmanagement, et cetera, et cetera. Also ein bisschen etwas erwarte ich schon für diese 10'000 Franken, und das kann eben sein, dass man eine kleine Klasse auch führt und Klassenverantwortung übernimmt. Und wenn die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen dazu nicht bereit sind, dann brauchen wir vielleicht eine neue Generation an Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, die nicht deshalb Heilpädagogen geworden sind, weil sie keine Lust mehr haben, eine Klasse zu führen.

Zur Mitte: Der Punkt mit den Kosten ist ein schwieriger Punkt. Die Initiative hat als allgemeine Anregung gesagt, das soll kostenneutral sein. Was nicht klar war, war: Muss es kostenneutral für die Gemeinden, für den Kanton, für beide oder im Schnitt sein? Wir haben das jetzt so gedeutet, dass es insgesamt kostenneutral sein muss. Wir rechnen mit weniger Kosten bei den Gemeinden, die Gemeinden zahlen heute viel kommunal, seien es Klassenassistenzen, seien es Sonderschulungen. Und wenn diese Kosten wegfallen, dann kompensiert das gewisse Mehrkosten, mit denen auch wir beim Kanton rechnen.

Dann der letzte Punkt noch zu Birgit Tognella, und ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen: Im Wesentlichen reden wir ja nicht von Kindern mit Behinderungen und schon gar nicht von Kindern mit körperlichen Behinderungen. Die sind in aller Regel überhaupt kein Problem in einer Regelklasse. Problematisch sind, ich sage es mal, nicht behinderte Kinder, die in einer schwierigen Entwicklungsphase stecken, die Unruhe schaffen, die sich in der Klasse vielleicht in einem kleinen Clan oder einer Gang verbunden haben und zu zweit oder zu dritt die Lehrpersonen terrorisieren können. Das sind die grössten Probleme. Und dann an zweiter Stelle sind jene Kinder, die wirklich zum Teil sehr Mühe haben, dem Unterricht zu folgen, die eigentlich auch nur noch, es tut mir leid, aufbewahrt werden, anstatt richtig beschult zu werden ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Regierungsrätin Silvia Steiner: Sie haben mir vor gut einem Jahr den Auftrag gegeben, die Förderklasseninitiative umzusetzen. Eine als allgemeine Anregung formulierte Initiative umzusetzen, ist nicht immer ganz einfach. Die Diskussionen rund um die Initiative in der Kommission haben gezeigt, dass man den Initiativtext durchaus unterschiedlich verstehen kann. Eine allgemeine Anregung bietet aber auch den Vorteil, dass wir bei der Umsetzung mehr Handlungsspielraum haben, und ich bin der Meinung, dass wir mit der regierungsrätlichen Vorlage und den Ergänzungen der Kommission diesen Handlungsspielraum gut genutzt haben.

Mit der Einführung von Förderklassen und Lernräumen erweitern wir die Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen und Gemeinden. Jedes Kind soll die Unterstützung bekommen, die es braucht, ohne das System zu überlasten. Die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen soll in einem System stattfinden, das die nötige Unterstützung bereitstellt, ohne die Qualität des Unterrichts für andere Kinder zu schmälern.

Die Vorlage trägt der Vielfalt der Schulen und Gemeinden im Kanton Rechnung. Erweiterte Lernräume können eingerichtet werden, es besteht aber kein Zwang, dies zu tun. Förderklassen sollen bei Bedarf geführt werden. Die Gemeinden können zudem bei der Führung von Förderklassen zusammenarbeiten. Kombinationen sind möglich, die neuen Instrumente haben damit das Potenzial, die Tragfähigkeit des Systems zu erhöhen respektive dessen Flexibilität zu gewährleisten. Sowohl Lernraum wie Förderklassen sollen stets die Rückkehr in die Regelklasse im Blick haben und damit nicht zu starrer Separation, sondern zu tragfähigeren Regelklassen führen.

Die von der Initiative geforderte Kostenneutralität für Kanton und Gemeinden kann dann eingehalten werden, wenn es gelingt, die Sonderschulquote durch die neuen Förderklassen und erweiterten Lernräume zu senken. Die Gemeinden beklagen sich ja häufig, der Kanton schreibe ihnen alles vor und treibe damit die Kosten in die Höhe. Vorliegend, ist das ganz sicher nicht der Fall. Die Gemeinden erhalten neue Möglichkeiten, die sie nun zum Wohle der Schülerinnen und Schüler auch mit Blick auf die Kosten nutzen müssen.

Die Anpassungen der Kommission an der regierungsrätlichen Vorlage sind insgesamt sinnvoll. Ich habe es in den letzten Monaten in den Diskussionen so verstanden, dass sie einen breiteren Fächer an Möglichkeiten möchten, um in den Schulen geeignete und gezielte Massnahmen zu ergreifen, wenn ein Kind besondere Bedürfnisse hat.

Nicht glücklich bin ich mit dem Antrag, nun die integrierte Sonderschulung auch in Förderklassen zu ermöglichen. Das entspricht nicht dem Wesen der integrierten Sonderschulung, weshalb eine solche Lösung nur mit Zurückhaltung und auch hier immer mit dem klaren Ziel der Reintegration in die Regelklasse ins Auge gefasst werden sollte. Man wird sehen, was in der Praxis damit passiert, die Schulleitungen werden hier gefordert sein. Aber da wir ja nur qualitativ ausgezeichnete Schulleitungen haben, wird das wohl kein Problem sein.

Vielleicht noch einen Hinweis auf die pessimistische Grundhaltung in diesem Rat, auf beiden Ratsseiten habe ich das wahrgenommen. Ich bitte doch darum, die PISA-Studie einmal etwas objektiver anzuschauen. Die PISA-Studie besagt, dass 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Grundkompetenzen im Lesen nicht erreichen. Das heisst nicht, dass sie nicht lesen können oder nicht schreiben können oder gerade einmal kurz zu nichts fähig sind, überhaupt nicht. Wir sind in der PISA-Studie europaweit an der Spitze, wir haben die nordischen Staaten überholt. Und es war immer so und wird immer so bleiben, dass circa 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit die Bildungsziele

nicht erreicht haben. Deshalb haben wir ein so durchlässiges System, und die können das nachholen, wenn sie das wollen. Diejenigen, die aus dem System fallen, sind immer noch in einer absoluten Minderheit, und es gelingt uns immerhin, bis zu 92 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit 25 Jahren zu einem Abschluss auf Sekstufe II zu bringen. Das muss das Ziel sein, das wir im Auge behalten, über die Bildungsstufe der Volksschule hinaus, also wir müssen hier über den Teller-
rand blicken.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der regierungsrätlichen Vorlage und den Anträgen aus der KBIK-Mehrheit zuzustimmen.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 117 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und auf Teil A der Vorlage einzutreten.

Detailberatung Teil B

Titel und Ingress

I. Das Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 wird wie folgt geändert:

§ 26a

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

§ 34. Arten, a. im Allgemeinen

Abs. 1–4

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

§ 34 Abs. 5

Minderheit Sibylle Jüttner, Karin Fehr Thoma, Hanspeter Hugentobler, Carmen Marty Fässler, Rafael Mörgeli (in Vertretung von Lejla Salihu), Wilma Willi (in Vertretung von Livia Knüsel):

Abs. 5 gemäss Antrag des Regierungsrates.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Referent der KBIK: Ich rede nur einmal zu den nun folgenden anstehenden Minderheitsanträgen. Mehrere Anträge gibt es zur Frage, ob die Flexibilität bei der Handhabung der besonderen Förderung den verschiedenen pädagogischen Ansprüchen der heterogenen Schülerschaft gerecht werden kann. Ein Minderheitsantrag von SP, Grünen und EVP möchte die Kleinklassen beibehalten. Sie rät dringend davon ab, Schülerinnen und Schüler mit den ganz unterschiedlichsten pädagogischen Bedürfnissen in ein und derselben Förderklasse zu unterrichten.

Die Mehrheit argumentiert indes, dass sich auch Förderklassen mit unterschiedlichen Schwerpunkten führen liessen.

Zweiter Teil: Dieselbe Minderheit lehnt eine Zusammenlegung des erweiterten Lernraums mit einer Förderklasse ab. Der stetige Wechsel der Schülerinnen und Schüler Sorge für viel zu viel Unruhe. Zudem seien die pädagogischen Bedürfnisse der jeweiligen Schülerinnen und Schüler viel zu unterschiedlich.

Die Mehrheit möchte damit vor allem auch kleineren Gemeinden die Möglichkeit eröffnen, eine Förderklasse auszulasten. Die Gemeinden würden sicherlich nur sinnvolle pädagogische Konzepte umsetzen.

Und der dritte und letzte Minderheitsantrag: Für eine weitere Minderheit – das sind SP, Grüne, EVP und Mitte – ist eine integrierte Sonderschulung in einer Förderklasse ein Widerspruch in sich. Das geltende Recht sehe dies auch nicht vor.

Die Mehrheit hingegen will gesetzlich sicherstellen, dass auch Kinder mit integrierter Sonderschulung in einer Förderklasse unterrichtet werden können, wenn das als sinnvoll erachtet wird.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Lieber Marc Bourgeois, ich möchte die Gelegenheit nutzen, um jetzt in den folgenden Minderheitsanträgen klarzumachen, dass diese Anträge nicht ideologisch begründet sind, sondern aus meiner Sicht evidenzbasiert, und dass ihnen klare Fakten zugrunde liegen. Ich äussere mich hier dazu, dass eine Mehrheit in der Kommission die Kleinklassen abschaffen möchte: Kleinklassen erfüllen eine klar bewährte Aufgabe. Sie sind für Kinder mit dauerhaft hohem Förderbedarf gedacht, die in der Regelklasse nicht angemessen unterstützt werden können. Die Förderklasse ist für Kinder gedacht, welche den Schulbetrieb in der Regelklasse erheblich beeinträchtigen, und ich finde, das ist nicht wirklich das Gleiche. Das heisst, die Förderklassen sollen vorübergehend sein, sie sollen Kinder aufnehmen, die möglichst rasch auch wieder zurückkehren können, also nach mindestens einem Semester. Und noch einmal, das ist nicht die gleiche Gruppe von Kindern, die eben einen längeren und erhöhten Förderungsbedarf hat, der sicher über ein Semester hinausgeht. Darum, denke ich, kann man diese beiden Formen nicht einfach austauschen. Sie haben unterschiedliche Zielgruppen, unterschiedliche Dynamiken und wahrscheinlich auch unterschiedliche pädagogische Anforderungen. Und die Mehrheit will das nun zusammenführen. Also Kinder mit hohem Förderungsbedarf und Kinder mit herausforderndem Verhalten in derselben Klasse, das ist pädagogisch extrem anspruchsvoll, auch für jede schulische Heilpädagogin wirklich eine berufliche Herausforderung. Und ich befürchte, damit werden sie keinem der Kinder in dieser Kleinklasse, in dieser Förderklasse noch gerecht. Und aus meiner Sicht gibt es keinen zwingenden Grund, mit der Einführung der Förderklasse jetzt auch gleichzeitig diese Kleinklassen abzuschaffen. In der Argumentation, warum man das zusammenführen soll, kann ich mich des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass es aus der Angst geschieht, dass man zu kleine Förderklassen hat und jetzt einfach möglichst viele Kinder irgendwie noch in diese Förderklassen hinein integriert, damit es sich finanziell lohnt. Und das ist einfach, was hier bei mir ein bisschen ein mulmiges

Gefühl hinterlässt. Darum sind wir dezidiert gegen die Abschaffung der Kleinklassen.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Im Kern führen wir hier eine semantische Diskussion, die aber politisch ausgeschlachtet wird. Es ist doch völlig egal, ob jetzt eine Kleinklasse, die heute «Kleinklasse» heisst, ab nächstem oder übernächstem Jahr «Förderklasse» heisst. Ich glaube nicht, dass die Eltern sich beschweren werden, deshalb hören Sie auf zu behaupten, es gebe keine Kleinklassen mehr. Es gibt sie weiterhin, sie tragen einen anderen Namen, Punkt 1.

Punkt 2: Der Vorschlag, den der Regierungsrat vorgelegt hat, der ist ja sprachlich noch interessant. Da gibt es Kleinklassen für Kinder mit besonderem Förderbedarf und Förderklassen für Kinder, deren Verhalten für das Schulzimmer im Moment etwas schwierig ist. Also die Förderkinder sind nicht in der Förder-, sondern in der Kleinklasse, und umgekehrt. Das macht per se schon von der Namensgebung her überhaupt keinen Sinn. Es macht aber auch keinen Sinn, den Gemeinden zwei verschiedene Gefässe aufzuzwingen. Die Gemeinden wissen selber, wie sie ihre Kinder in diese kleineren Gefässe – nennen Sie es «Kleinklasse» oder «Förderklasse», ist mir eigentlich völlig egal –, wie sie diese Kinder zuteilen möchten. Ich möchte hier noch kurz auf die Bildungsdirektorin eingehen. Sie hat gesagt, wir malten ein bisschen schwarz, vielleicht malt sie ein bisschen rosarot. Ja, wir sind europaweit spitze, aber wir sind in absoluten Zahlen genau seit Beginn der schulischen Integration im PISA schlechter geworden, und zwar Jahr für Jahr für Jahr. Und jetzt bringt die Bildungsdirektorin als Gegenbeispiel die nordischen Staaten, die wir ja überholt haben. Also wir wurden schlechter, aber die nordischen Staaten wurden noch schlechter. Nun ja, wissen Sie was? Die nordischen Staaten, das sind die Spitzenreiter der schulischen Integration, kein Wunder, sind die noch schlechter geworden als wir, das ist ja der beste Beweis. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 64 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§ 34 Abs. 6

Minderheit Sibylle Jüttner, Karin Fehr Thoma, Hanspeter Hugentobler, Carmen Marty Fässler, Rafael Mörgeli (in Vertretung von Lejla Salihu), Wilma Willi (in Vertretung von Livia Knüsel):

Abs. 6 gemäss Antrag des Regierungsrates.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Ich spreche zu zwei Minderheitsanträgen. Beim einen geht es darum, dass wir das Modalwort «können» führen» im Gesetz behalten wollen, und beim zweiten geht es um die Zusammenlegung des erwei-

terten Lernraums mit den Förderklassen. Die Mehrheit will zwei Dinge. Zum einen möchte sie im regierungsrätlichen Vorschlag das Verb «können» streichen, also dass die Gemeinden Förderklassen führen können. Ich mache es kurz, ich will hier nicht zu lange über das Modalverb streiten. Für uns ist einfach wichtig, dass dieses «können» drinbleibt, weil es für uns zeigt: Es ist wirklich eine Garantie, dass die Gemeinden nicht unter Druck geraten, Förderklassen einzurichten, sondern es ist klar «bei Bedarf». Und «bei Bedarf» ohne «können» ist uns zu schwammig. Wir wollen, dass gesetzlich klar und eindeutig festgehalten ist, dass die Gemeinden entscheiden, ob der Bedarf für eine Förderklasse gegeben ist oder nicht.

Und der zweite Minderheitsantrag, das ist der erweiterte Lernraum. Das ist wirklich eine kurzfristige Entlastungsmassnahme. Die Förderklasse ist eine mindestens einsemestrige Massnahme, vielleicht sogar länger. Und diese Gefässe sind einfach zwei sehr unterschiedliche Gefässe. Eine Zusammenlegung führt aus unserer Sicht wirklich zu ständigem Wechsel, Unruhe in dieser Förderklasse. In dieser Gruppe kommen halbtage- oder tageweise oder stundenweise irgendwelche Kinder in diese Förderklasse, und es ist eine Vermischung mit eben auch unterschiedlichen Bedürfnissen. Das ist aus unserer Sicht pädagogisch unsinnig und organisatorisch riskant. Zudem ist ja vorgesehen, dass in der Förderklasse die schulische Heilpädagogin die Fallführung übernimmt, mit der Begründung eben, dass es eine Entlastung für die Regelklassenlehrperson ist, und sie die Klassenlehrfunktion ausübt. Diese Kinder aus dem erweiterten Lernraum verbleiben aber in dieser Regelklasse, also dort hat weiterhin die Klassenlehrperson die Fallführung. Ich denke, auch diese beiden Gefässe zu mischen, erfordert mindestens eine gewisse Absprache, weil die Fallführung bei der Regelklassenlehrperson verbleibt. Und auch hier kann ich mich des Eindrucks irgendwie nicht ganz verwehren, dass man jetzt einfach unter dem Deckmantel von mehr Möglichkeiten für die Gemeinden, was wir grundsätzlich sehr unterstützen, hier jetzt alles ein bisschen zusammenwurstelt in diese einzelne Förderklasse, und darum lehnen wir das ab.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Frau Jüttner, habe ich Sie richtig verstanden? Sie haben jetzt zu Paragraf 34a gesprochen. (*Sibylle Jüttner bejaht.*) Wir haben jetzt aber zuerst das Thema Paragraf 34 Absatz 6 gehabt. Also, falls es noch Voten zu Paragraf 34 Absatz 6 gibt, dann wäre jetzt der Moment gekommen.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich rede zu Absatz 6, und zwar ist das ja eigentlich nur ein Nachvollzug. Wenn es per Definition keine Kleinklassen gibt, dann muss man diese dort auch streichen. Ihr seid hier dagegen. Nachdem wir aber den letzten Absatz beschlossen haben und es eben keine Kleinklassen mehr gibt, sondern diese jetzt «Förderklassen» heissen, wäre es eigentlich zumindest konsistent, wenn ihr euch enthalten würdet, denn sonst versteht man ja eigentlich nicht mehr, was ihr wollt. Besten Dank.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Da das Wort weiter nicht mehr gewünscht wird zu Paragraf 34 Absatz 6, kommen wir zur Abstimmung. Ich werde jetzt noch ein letztes Mal gongen (*gemeint ist der Gong, der die Ratsmitglieder ausserhalb des Ratssaals zur Abstimmung ruft*) und dann künftig nicht mehr, denn wir haben in kurzer Folge mehrere Abstimmungen. Es sprechen in der Regel weder der Kommissionspräsident noch die Regierungsrätin, deshalb wird das recht zügig vonstattengehen und ich werde Sie nicht jedes Mal wieder in den Saal hereingon- gen. Aber jetzt mache ich es noch einmal.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 110 : 63 Stimmen (bei 1 Enthaltung), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§ 34a. b. Förderklassen

Abs. 1

Minderheit Sibylle Jüttner, Karin Fehr Thoma, Carmen Marty Fässler, Rafael Mörgeli (in Vertretung von Lejla Salihu), Wilma Willi (in Vertretung von Livia Knüsel):

Abs. 1 gemäss Antrag des Regierungsrates.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Ich nehme an, Frau Jüttner möchte nicht mehr sprechen, das hat sie ja vorhin schon getan.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Also wir haben es gehört, es geht um eine kleine sprachliche Änderung. Der Regierungsrat hat vorgeschlagen, dass die Gemeinden bei Bedarf auf allen Stufen Förderklassen «führen können» und wir sagen, «sie führen bei Bedarf Förderklassen». Nun ist entscheidend, wer diesen Bedarf defi- niert, und das ist auch festgelegt, das sind die Gemeinden selber. Das heisst, es ist kein wesentlicher Unterschied. Der Unterschied für uns ist, dass wir uns eigent- lich wünschen, dass es ab einer gewissen Grösse der Gemeinde oder des Schul- hauses eben die Standardlösung ist, und das soll hier sprachlich zum Ausdruck kommen. Aber wenn eine Gemeinde das partout nicht will und sagt, «bei uns gibt es einfach den Bedarf nicht», dann muss sie es auch nicht tun. Das ist alles, danke.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 116 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§ 34a Abs. 2–4

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

§ 36a. b. Integrierte Sonderschulung

Minderheit Sibylle Jüttner, Karin Fehr Thoma, Hanspeter Hugentobler, Carmen Marty Fässler, Rafael Mörgeli (in Vertretung von Lejla Salihu), Wilma Willi (in Vertretung von Livia Knüsel), Kathrin Wydler:

§ 36a. gemäss geltendem Recht.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Die Mehrheit will, dass die integrierte Sonderschulung künftig auch in der Förderklasse stattfinden kann, und das ist wirklich ein Widerspruch in sich selbst. Integrierte Sonderschulung bedeutet Unterricht in der Regelklasse mit Unterstützung. Eine Förderklasse ist, auch wenn vielleicht in einer eher abgeschwächten Form, eine separative Massnahme. Denn wie sonst erklären Sie sich, dass wir hier die gleichen Vorgänge oder Abläufe haben wie bei anderen separativen Beschulungen? Die Umteilung in der Förderklasse erfordert den Weg über die Schulbehörde. Wer beides vermischt, verwässert hier wirklich die integrative Sonderschulung und unterwandert aus meiner Sicht den Kern der integrierten Sonderschulung. Deren Ziel ist es nämlich, allen Kindern Teilhabe und Chancengleichheit und soziale Integration zu ermöglichen. Und ich bin ehrlich gesagt schon sehr gespannt, wie wohl Eltern darauf reagieren werden, wenn Kinder mit einer integrierten Sonderbeschulung aus der Regelklasse zukünftig in eine Förderklasse ausgelagert werden. Zudem erlaubt das geltende Recht ja jetzt bereits auch flexible Lösungen. Also wir halten diesen Antrag der Mehrheit für hochproblematisch.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Liebe Sybille Jüttner, du hast einen möglichen Weg geschildert, nämlich dass Kinder aus der integrierten Sonderschule in eine Regelklasse, in eine Kleinklasse kommen. Wir denken auch an den anderen Fall, dass ein separativ beschultes Sonderschulkind eben über diesen Weg einfach wieder in ein Regelschulhaus kommt. Und da frage ich mich: Wie erklären wir dann den Eltern, dass ein Kind, das eigentlich in eine separative Sonderschule gehören würde oder so ein Grenzfall ist, also kein ganz, ganz einfacher Fall, den man einfach so handeln kann, dass so ein Kind in die Regelklasse kommt und dass ein Kind, das während eines halben Jahres ein bisschen verhaltensauffällig ist oder eine Lernblockade hat, dass dann dieses weit weniger auffällige Kind in eine Kleinklasse kommt. Das ist völlig absurd. Es ist für uns völlig klar: Es sind keine Welten zwischen der Regel- und der Kleinklasse, und wir trauen den Schulleitungen zu, dass sie am besten selber entscheiden können, ob jetzt das eine oder andere Kind mit integrierter Sonderschulung besser in der Regelklasse oder besser in der Kleinklasse, in der Förderklasse aufgehoben ist. Wir möchten das den Gemeinden überlassen und deshalb haben wir auch diesen Antrag gestellt. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§ 37

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

II. Das Lehrpersonalgesetz vom 10. Mai 1999 wird wie folgt geändert:

§§ 3a und 4

Ziff. II und III streichen.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten und geht an die Redaktionskommission.

Das Geschäft ist für heute erledigt.